

Protokoll Nr. 36 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 07.05.2026 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 22:03 Uhr Sitzungsort:
Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Tom Hundak
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Waltraut Otten
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Daniel de Olano (Senator für Kinder und Bildung)
Quirinus Kauffels (Senator für Kinder und Bildung)
Dr. Ramona Kreis (Senator für Kinder und Bildung)
Bärbel Eggemann (Grundschule Glockenstraße)
Daniel Keveloh (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung)

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.04.2026 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

**TOP 3: Aktueller Sachstand Programm „Kinder in die Kitas“, aktueller Sachstand KITA
Anmeldungen und KITA-Bau**

**TOP 4: Grundschule Glockenstraße – Planungen zur Sanierung und zum
Ganztagsausbau**

TOP 5: Bebauungsplan 2502 Rennbahn West

TOP 6: Beiratsverschiedenes

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Die Bildungsbehörde wird über den Ganztagsausbau im gesamten Stadtteil berichten. Diese Information steht nicht so eindeutig in der Einladung. Die Tagesordnung soll daher geändert werden.

Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.04.2026 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 09.04.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen

auf Beiratsbeschlüsse

024-2026-B Winterdienst vor öffentlichen Gebäuden

Antwort SUKW vom 14.04.2026:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem o.g. Beschluss kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

1. Welche Zuständigkeiten für den Winterdienst vor öffentlichen Gebäuden bestehen,

Die Zuständigkeiten liegen bei den entsprechenden Senatsressorts bzw. den nachgeordneten Dienststellen. Die DBS betreut grundsätzlich keine Anliegerpflichten vor öffentlichen Gebäuden, sondern nur vor den eigenen Liegenschaften (2 Ausnahmen: Rathaus, Haus der Bürgerschaft).

2. wie die Einhaltung der Räumpflichten kontrolliert wird, und

Die Verantwortung liegt bei den Senatsressorts.

3. welche Maßnahmen ergriffen werden, um künftig eine flächendeckende und zuverlässige Umsetzung sicherzustellen.

Die Verantwortung liegt bei den Senatsressorts. Eine Information über die Pflichten der Anlieger:innen wird durch Die Bremer Stadtreinigung erfolgen.

033-2026-B Müllbeseitigung Flohmarkt Hansa Carré

Telefonische Rückmeldung der Breminale GmbH vom 16.04.:

- Für den Flohmarkt sind Container bereitgestellt, falls Flohmarktbesucher Ihren Müll nach Ende des Marktes nicht abräumen, wird dies von den Mitarbeitenden der Breminale aufgesammelt, sortiert und dann entsorgt. In den letzten Wochen haben die Mitarbeiter auch im weiteren Umfeld nach Ende des Marktes Müll aufgesammelt, wie durch die gesendeten Fotos belegt stammt dieser aber nicht vom Flohmarkt, sondern ist schon vorher vorhanden gewesen.*
- Weitere offene Container werden nicht aufgestellt, da dies dazu führen würde, dass auch andere Menschen Ihren Müll dort entsorgen.*

auf Anliegen von Bürger: innen

Tempo 30 Vahrer Straße

Das Thema wird im Ausschuss Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Mobilität am 11.05.2026 beraten, inzwischen ist im Zuge der Sperrung der Steubenstraße nachts Tempo 30 aus Lärmschutzgründen angeordnet.

Parkplätze Vahrer Straße

Grundsätzlich sind die Eigentümer für die Schaffung von Parkplätzen oder Alternativen im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen verpflichtet.

Bedarfsampel Vahrer Straße

Die angekündigte Rückmeldung der Bürger:in zum genauen Standort und mit Beschreibung der Problematik ist nicht im Ortsamt eingegangen, daher konnte das Thema nicht mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) besprochen werden.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Es gibt keine Wortbeiträge.

TOP 3: Aktueller Sachstand Programm „Kinder in die Kitas“, aktueller Sachstand KITA Anmeldungen und KITA-Bau

Zu diesem Thema sind Daniel de Olano und Quirinus Kauffels vom Senator für Kinder und Bildung (SKB) anwesend und präsentieren wie folgt (Anlage 1):

Daniel de Olano:

- In den vergangenen Jahren wurde der Ausbau der Kita-Plätze stark vorangetrieben; seit 2015 wurden rund 40 Prozent mehr Plätze geschaffen.
- Das frühere Problem, dass angemeldete Kinder keinen Kita-Platz erhalten, ist inzwischen weitgehend gelöst.
- Auch der zuvor bestehende Fachkräftemangel im Kita-Bereich ist überwunden, wenngleich es weiterhin Ausfälle und Notbetreuungen geben kann.
- Das zentrale Problem ist nun, dass nicht alle Familien ihre Kinder für die Kita anmelden.
- Die Betreuungsquote in Hemelingen liegt im Krippenbereich bei 32,8 Prozent und im Elementarbereich bei 88,2 Prozent; in der Stadtgemeinde Bremen liegen die Werte leicht höher.
- Damit wird im Vorschulbereich etwa jedes zehnte Kind nicht durch die Kindertagesbetreuung erreicht.
- Die fehlende Kita-Teilnahme führe zu frühen Bildungsnachteilen, die sich durch die gesamte Bildungsbiografie fortsetzen können.
- Der Senat verfolgt deshalb das Ziel, mehr Familien aktiv an das Kita-System heranzuführen.
- Der Zugang zu Familien muss vor allem über bestehende Netzwerke im Stadtteil, soziale Träger und Bildungseinrichtungen erfolgen.
- Ziel ist der Aufbau eines flächendeckenden Kita-Einstiegssystems für Familien mit besonderen Unterstützungsbedarfen.
- Bestehende erfolgreiche Angebote wie MoKi, die Häuser der Familie oder das Kita-Einstiegshaus in Gröpelingen sollen dabei einbezogen werden.
- Diese Angebote sind bislang nur punktuell vorhanden und nicht flächendeckend miteinander vernetzt.

- Geplant ist ein niedrighschwelliges Unterstützungssystem mit flexiblen Angeboten wie Kurzzeitbetreuung, Hol- und Bringdiensten, Anmeldehilfe und sozialpädagogischer Elternberatung.
- Ziel ist nicht der Aufbau dauerhafter Parallelstrukturen, sondern die Heranführung der Familien an das reguläre Kita-System.
- Aktuell läuft die Bestandsanalyse vorhandener Angebote sowie die gemeinsame Konzeptentwicklung mit den beteiligten Trägern.
- Die Umsetzung des neuen Systems ist für das Kindergartenjahr 2027/2028 vorgesehen.
- Bestehende Angebote wie sozialpädagogische Spielkreise sollen bis dahin in angepasster Form fortgeführt werden.

Diskussion:

Reinhard Zwilling fragt zunächst, ob in die genannte Betreuungsquote von 88 % auch private Kinderbetreuungsangebote wie Kinderläden einbezogen sind. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass nicht alle Eltern eine frühzeitige staatliche Betreuung ihrer Kinder wünschen. Er weist darauf hin, dass sich manche Familien bewusst für alternative, private Betreuungsformen entscheiden. Er äußert die Sorge, dass staatliche Betreuungs- und Bildungsangebote zunehmend stärker in das Familienleben eingreifen und Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zurückgedrängt werden könnten.

AW: Daniel de Olano stellt klar, dass die Kindertagesbetreuung weiterhin auf Freiwilligkeit beruht und es weder einen Kita-Zwang noch ein verpflichtendes Vorschuljahr gibt. Die genannten Betreuungszahlen umfassen sowohl Angebote von Kita Bremen als auch die freien Träger, wobei rund 70 Prozent der Plätze von freien Trägern angeboten werden.

Zugleich verweist er darauf, dass das Bemühen, mehr Familien für die Kita zu gewinnen. Wenn Eltern ihrer Verantwortung für die Förderung ihrer Kinder nicht ausreichend nachkommen können und dadurch Nachteile für die Kinder entstehen, sieht der Staat eine Verantwortung, unterstützend einzugreifen. Dabei geht es nicht um Zwang, sondern um Beratung, Ansprache und Unterstützung insbesondere für Familien, die überfordert sind oder Unterstützungsbedarf haben.

Ingo Tebje verweist auf die bestehenden Bildungsungleichheiten. Seine Frage ist, ob die geplante Strategie ab 2027/2028 auch finanziell ausreichend hinterlegt ist, insbesondere mit Blick auf die Finanzierung der sozialen Träger und zusätzlicher Unterstützungsangebote wie flexible Betreuungsformen oder Hol- und Bringdienste.

AW: Daniel de Olano erläutert, dass für bestehende Strukturen, die fortgeführt werden sollen, etwa die Hälfte der benötigten Finanzierung vorhanden sind. Für den weiteren Ausbau und die Ausweitung des Angebots auf bislang nicht versorgte Bereiche müssten jedoch noch zusätzliche Mittel eingeworben werden.

Kerstin Biegemann weist darauf hin, dass fehlende Kita-Teilnahme nicht zwangsläufig auf mangelndes Interesse oder fehlende Bildungsnähe der Eltern zurückzuführen ist, sondern häufig praktische und soziale Hürden eine Rolle spielen. Sie hebt hervor, dass Unterstützungsangebote wie Hol- und Bringdienste in solchen Fällen hilfreich sein könnten. Zudem regt sie an, bei der Ansprache traditionell geprägter Familien stärker mit Vertrauenspersonen und Religionsgemeinschaften zusammenzuarbeiten, um Vorbehalte gegenüber frühkindlicher Betreuung besser abzubauen.

AW: Daniel de Olano bestätigt den Hinweis und betont, dass genau dieser Ansatz verfolgt wird. Ziel ist es, nicht direkt von behördlicher Seite auf Familien zuzugehen, sondern bestehende Netzwerke, zivilgesellschaftliche Akteure und erfahrene Träger einzubinden, die bereits über Erfahrung in der Ansprache und Unterstützung solcher Familien verfügen und einen vertrauensvollen Zugang schaffen können.

Jens Dennhardt verweist auf die positiven Erfahrungen mit den sozialpädagogischen Spielkreisen, die aus seiner Sicht erfolgreich Kinder an Kita- und Krippenangebote herangeführt haben. Vor diesem Hintergrund hinterfragt er, warum erfolgreiche Modelle beendet oder verändert werden sollen. Zudem stellt er die Frage nach der finanziellen Absicherung der vorgestellten Maßnahmen und betont, dass gute Konzepte nur dann wirksam umgesetzt werden können, wenn dafür auch die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

AW: Daniel de Olano bestätigt, dass die Finanzierung der Maßnahmen gesichert werden muss. Zu den sozialpädagogischen Spielkreisen betont er, dass deren Arbeit als wertvoll angesehen wird und die Angebote der Häuser der Familie auch im Jahr 2026/2027 fortgeführt werden sollen. Künftig sollen diese Angebote jedoch stärker als Übergangsangebote verstanden werden, mit dem klaren Ziel, Kinder und Familien in das reguläre Kita-System zu überführen, statt dauerhafte Parallelstrukturen zu schaffen.

Yunas Kaya kritisiert, dass die finanzielle und inhaltliche Planung bislang zu unkonkret bleibt. Er fragt nach einer mittel- bis langfristigen Finanzplanung für die vorgestellten Maßnahmen. Zudem bittet er um eine genauere Erläuterung, was mit dem Begriff „dysfunktionale Familien“ gemeint ist.

AW: Daniel de Olano erläutert, dass es sich bei den vorgestellten Maßnahmen nicht um neue Einzelideen, sondern um bereits bestehende und erprobte Angebote handelt, die bislang jedoch nicht flächendeckend verfügbar sind. Ziel ist es, diese Angebote in einem gemeinsamen Portfolio zu bündeln, sodass Träger vor Ort je nach Bedarfslage im Stadtteil passende Maßnahmen auswählen und umsetzen können.

Zum Begriff der „dysfunktionalen Familien“ führt er aus, dass damit sehr unterschiedliche Lebenslagen gemeint sind, etwa Familien mit sozialer Überforderung, gesundheitlichen Belastungen oder fehlender Alltagsstruktur. Er betont, dass es keine pauschale Lösung gibt, sondern individuelle Unterstützungsangebote erforderlich sind. Deshalb soll gezielt auf die Erfahrung und Expertise der bereits vor Ort tätigen Träger zurückgegriffen werden.

Ralf Bohr bezweifelt, dass bestehende niedrigschwellige Angebote allein ausreichen, um die bislang nicht erreichten Familien zu erreichen, und regt an, Familien aktiver direkt anzusprechen – etwa durch aufsuchende Arbeit, Lotsen oder mehrsprachige Ansprechpartner. Zudem fragt er, ob bei einer steigenden Inanspruchnahme überhaupt ausreichend Kitaplätze vorhanden sind oder zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden müssten. Schließlich bittet er um eine konkrete Darstellung, wie der geplante Start des Programms ab 2027/2028 im Stadtteil praktisch aussehen soll.

AW: Daniel de Olano stimmt der Einschätzung zu, dass Familien aktiv angesprochen werden müssen, betont jedoch, dass dies vor allem durch erfahrene Träger und bestehende Netzwerke erfolgen soll, die bereits über den notwendigen Zugang und die Expertise verfügen. Ziel sei der Aufbau eines funktionierenden, vernetzten Unterstützungssystems auf Basis bereits bestehender Strukturen wie den Häusern der Familie, MoKi oder weiteren sozialen Trägern.

Er erläutert, dass die konkrete Ausgestaltung des Konzepts derzeit gemeinsam mit den beteiligten Trägern erarbeitet wird. Dabei soll kein starres, zentral vorgegebenes Modell entstehen, sondern ein flexibles Angebot, das sich an den jeweiligen Bedarfen im Stadtteil orientiert, etwa hinsichtlich Sprachmittlung, Hol- und Bringdiensten oder anderer Unterstützungsformen.

Für die Übergangszeit stellt er klar, dass bestehende Angebote weiterhin erhalten bleiben. Ziel sei es nicht, funktionierende Strukturen abzuschaffen, sondern diese besser zu vernetzen, auszubauen und gezielter weiterzuentwickeln.

Jörn Hermening unterstützt den Ansatz einer aktiven, aufsuchenden Ansprache von Familien. Er verweist auf positive Erfahrungen aus anderen Kommunen, die den direkten Kontakt zu Familien gesucht haben. Als positives Beispiel nennt er die Familienhebammen des Gesundheitsamtes in benachteiligten Quartieren, deren Arbeit als unterstützend und nicht als kontrollierend wahrgenommen wird.

Yunas Kaya macht deutlich, dass ihm die bisherigen Erläuterungen zum Umgang mit sogenannten dysfunktionalen Familien nicht ausreichen. Er weist darauf hin, dass etablierte Hilfesysteme wie die sozialpädagogische Familienhilfe oft lange Vorlaufzeiten haben und fragt konkret, wie Familien mit akutem Unterstützungsbedarf in der Zwischenzeit erreicht, motiviert und wirksam unterstützt werden sollen.

Ingo Tebje stellt die Frage, wie die angekündigte Schließung der bestehenden Versorgungslücken konkret umgesetzt werden soll. Er weist darauf hin, dass aufsuchende Arbeit und eine flächendeckende Unterstützung nur mit ausreichend Personal und einer verlässlichen Finanzierung möglich sind, und macht deutlich, dass ihm bislang nicht klar ist, wie dieses Konzept praktisch und finanziell realisiert werden soll.

AW: Daniel de Olano erläutert, dass zunächst ein tragfähiges Konzept erarbeitet werden muss, bevor der konkrete Finanzbedarf beziffert und zusätzliche Mittel eingeworben werden können. Er betont jedoch, dass aus seiner Sicht der Bedarf eindeutig gegeben ist und entsprechende positive Signale für eine Finanzierung vorhanden sind.

Zum Begriff der „dysfunktionalen Familien“ stellt er klar, dass er damit nicht Fälle des klassischen Jugendhilfeingriffs meint, sondern Familien, die aus unterschiedlichen Gründen Unterstützung benötigen, um bestehende Angebote überhaupt nutzen zu können. Ziel ist es, niedrighschwellige Hilfs- und Ansprechstrukturen in den Stadtteilen aufzubauen, damit Familien frühzeitig Unterstützung erhalten. Dabei sieht er auch die Beiräte als wichtige lokale Ansprechpartner, um Problemlagen früh zu erkennen und gezielt Hilfe vermitteln zu können.

Quirinus Kauffels berichtet zur aktuellen KiTa Versorgung:

- Für den Stadtteil Hemelingen wurden im Krippenbereich 485 gebaute Plätze erfasst, von denen zum Stichtag 431 Plätze tatsächlich betrieben wurden.
- Dem standen zum 1. August 338 Anmeldungen gegenüber, sodass zum Stichtag 1. März rechnerisch 147 freie Krippenplätze bestanden.
- Nach einer späteren Trägerabfrage reduzierte sich diese Zahl bereits auf 130 freie Plätze, wobei noch nicht alle Rückmeldungen vollständig vorlagen.
- Im Elementarbereich bestehen 1.459 gebaute Plätze, bei einer aktuell betriebenen Kapazität von 1.390 Plätzen.
- Dem gegenüber standen 1.270 Anmeldungen, sodass rechnerisch 214 freie Plätze vorhanden waren.

- Nach weiteren Rückmeldungen aus den Einrichtungen reduzierte sich diese Zahl auf 184 freie Plätze.
- Von den Trägern sind keine akuten Belegungs- oder Existenzprobleme gemeldet worden.
- Für die Bedarfsplanung wird im Krippenbereich mit einer Zielversorgungsquote von 60 Prozent, im Elementarbereich mit 100 Prozent gerechnet.
- Die Prognosen zeigen, dass im Elementarbereich in den kommenden Jahren eher ein deutlicher Platzüberhang von rund 100 Plätzen beziehungsweise etwa fünf Gruppen erwartet wird.
- Im Krippenbereich könne es dagegen mittelfristig wieder zu leichtem Anpassungsbedarf kommen.
- Umsteuerungen sind möglich, etwa durch die Umwandlung von Elementargruppen in Krippengruppen.
- Bereits beschlossene Ausbauprojekte wie die Kitas Forbacher Straße, Malerstraße, Hemelinger Bahnhofstraße und Mahndorf sind in die Planungen bereits eingerechnet.
- Insgesamt wird die Versorgungslage im Stadtteil als stabil und steuerbar eingeschätzt.

Diskussion:

Yunas Kaya fragt, ob sich die Kapazitätswahlen ausschließlich auf bereits bestehende und fertiggestellte Einrichtungen beziehen oder ob auch Kita-Projekte einbezogen wurden, die sich noch im Bau oder in Planung befinden. Dabei verweist er auf das Vorhaben in Mahndorf, wo auf einem ehemaligen Problemgrundstück der Bau einer Kita vorgesehen ist.

AW: Quirinus Kauffels teilt mit, dass in Mahndorf eine neue achtgruppige Kita des Trägers Stepke Kids mit insgesamt 125 Plätzen geplant ist, davon 35 Krippenplätze und 90 Elementarplätze. Nach Angaben des Investors wird weiterhin an einer Eröffnung zum Kindergartenjahr 2027/2028 festgehalten.

Jens Dennhardt bittet um eine Einordnung der aktuellen Betreuungsquoten im Verhältnis zu den angestrebten Zielquoten. Vor dem Hintergrund der geplanten Maßnahmen zur stärkeren Kita-Teilhabe fragt er, welche Auswirkungen eine erfolgreiche Umsetzung auf die Auslastung und Kapazitätsplanung hätte. Zudem möchte er wissen, ob die zugrunde liegenden Bevölkerungsprognosen ausschließlich auf den aktuellen Einwohnerzahlen basieren oder ob künftige Zuwanderung in die Berechnungen bereits berücksichtigt wurde.

AW: Quirinus Kauffels erläutert, dass für das Kindergartenjahr 2026/2027 im Krippenbereich eine Versorgungsquote von 61 Prozent und im Elementarbereich von 94,5 Prozent erreicht wird. Mit den bereits geplanten Ausbaumaßnahmen wird im Kindergartenjahr 2027/2028 im Elementarbereich sogar eine rechnerische Überversorgung von 104 Prozent erwartet, sodass zusätzliche Kapazitäten vorhanden wären, um mehr Kinder in das System aufzunehmen.

Die zugrunde liegenden Bevölkerungsprognosen basieren auf Berechnungen des Statistischen Landesamtes und berücksichtigen neben Geburten und Sterbefällen auch Zu- und Wegzüge sowie allgemeine Wanderungsbewegungen. Unvorhersehbare Entwicklungen wie plötzliche Fluchtbewegungen könnten naturgemäß nicht exakt vorausgesagt werden, weshalb bewusst gewisse Reserven im System erhalten bleiben sollen. Zudem betont er, dass die Kita-Infrastruktur fortlaufend an die tatsächliche Bedarfslage angepasst werden muss.

Ralf Bohr fragt, ob mögliche Auswirkungen geänderter sozialrechtlicher Rahmenbedingungen – insbesondere ein früherer Wiedereinstieg von Eltern in den Arbeitsmarkt und der dadurch steigende Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen – in der

Bedarfsplanung bereits berücksichtigt wurden und ob mit einem zusätzlichen Nachfragedruck auf die Kita-Plätze gerechnet wird.

Ingo Tebbe fragt, ob bei einer verbesserten Versorgungslage künftig auch qualitative Verbesserungen mitgedacht werden, insbesondere kleinere Gruppengrößen in Einrichtungen mit besonders hohen Unterstützungsbedarfen, um Kinder und Familien gezielter fördern zu können.

AW: Daniel de Olano erklärt, dass mögliche Auswirkungen der geänderten Bürgergeldregelungen bislang nicht gesondert in die Planung einbezogen wurden, da sich deren konkrete Effekte erst noch zeigen müssten. Grundsätzlich sei das System jedoch flexibel genug, um auf veränderte Bedarfe zu reagieren.

Zur Frage kleinerer Gruppengrößen in besonders belasteten Einrichtungen bestätigt er, dass solche qualitativen Verbesserungen grundsätzlich sinnvoll und denkbar sind, insbesondere wenn künftig mehr Kapazitäten zur Verfügung stehen. Konkrete Entscheidungen dazu gibt es derzeit jedoch nicht, da dies zusätzliche finanzielle Mittel erfordern würde.

TOP 4: Grundschule Glockenstraße – Planungen zur Sanierung und zum Ganztagsausbau sowie Ganztagsausbau in den weiteren Hemelinger Grundschulen

Ganztagsausbau an Hemelinger Grundschulen

Dr. Ramona Kreis von der Bildungsbehörde ist zu diesem Thema anwesend und gibt einen kurzen Überblick über die Situation des Ganztagsausbaus an Hemelinger Grundschulen (Anlage 2):

- Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kann je nach Ausgestaltung über Ganztagschulen oder ergänzend über Horte erfüllt werden.
- Der Rechtsanspruch gilt auch in den Ferien.
- In Bremen entfällt mit dem Rechtsanspruch die bisherige Nachweispflicht der Eltern über Berufstätigkeit oder Ausbildung.
- Der Anspruch richtet sich nicht an einzelne Schulen, sondern an die Stadtgemeinde Bremen als zuständige Kommune.
- Im Stadtteil gibt es eine verlässliche Grundschule, vier offene Ganztagschulen und drei gebundene Ganztagschulen.
- Die Kinderschule wird formal als verlässliche Grundschule geführt, bietet aber ebenfalls Nachmittagsbetreuung an.
- An der Schule an der Glockenstraße gibt es keinen Ganztags, aber einen Schülertreff mit Nachmittagsbetreuung.

Diskussion:

Jörn Hermening erkundigt sich nach einem Notbetrieb der Nachmittagsbetreuung an Schulen.

AW Dr. Ramona Kreis: Bei längerfristigen Ausfällen von pädagogischem Personal kann es zu einem Notbetrieb im Ganztags kommen. Ziel ist es dabei, die Betreuung der Kinder weiterhin sicherzustellen, insbesondere für berufstätige Eltern. Die konkrete Ausgestaltung des Notbetriebs wird individuell mit der Schulaufsicht abgestimmt. Die Organisation von Vertretungen gestaltet sich häufig schwierig, da Vertretungskräfte erst nach längeren Krankheitszeiten eingesetzt werden können und

dafür eine verlässliche Prognose über die Dauer des Ausfalls benötigt wird. Das macht es schwierig, das ist ihnen bewusst.

Ingo Tebbe erkundigt sich, ob die Personalplanung grundsätzlich ausreichend dimensioniert ist. Aus seiner Sicht sollte die Personalplanung eigentlich so ausgestaltet sein, dass übliche Krankenstände bereits durch vorhandene personelle Reserven aufgefangen werden können.

Dr. Ramona Kreis antwortet, dass in der Personalplanung bereits eine Vertretungspauschale berücksichtigt ist, um übliche Krankheitsausfälle aufzufangen. Bei außergewöhnlich hohen Fehlzeiten einzelner Beschäftigter, etwa von über 100 Krankheitstagen im Jahr, stoße das System jedoch an seine Grenzen. In solchen Fällen muss individuell nach Lösungen gesucht werden.

Situation an der Grundschule Glockenstraße

Dr. Ramona Kreis präsentiert wie folgt:

- Das Hauptgebäude steht unter Denkmalschutz.
- Grundlage der weiteren Planung war eine städtebauliche Machbarkeitsstudie in Abstimmung mit dem Bauressort und der Denkmalpflege.
- Die Prognosen zur Schülerentwicklung gehen langfristig von einer stabilen Zweizügigkeit des Standorts aus.
- Auf dieser Grundlage wurde Immobilien Bremen ein Rahmenplan für eine zweizügige Grundschule übermittelt.
- Aktuell läuft eine Wirtschaftlichkeitsprüfung zur Frage, ob die bestehende Turnhalle saniert oder abgerissen und neu gebaut werden soll.
- Unabhängig davon soll das Hauptgebäude saniert werden.
- Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfung sollen im Herbst beziehungsweise November vorliegen und anschließend im Beirat vorgestellt werden.
- Die Finanzierung ist derzeit bis einschließlich der Planungsphase gesichert.
- Die Maßnahme wurde in das Schulbauprogramm aufgenommen und es besteht Zuversicht hinsichtlich der weiteren Finanzierung.
- Nach Abschluss der Wirtschaftlichkeitsprüfung soll das Vergabeverfahren starten, das etwa sieben Monate dauern wird.
- Der anschließende Planungsprozess wird mit etwa zwei Jahren veranschlagt.
- Nach aktuellem Stand wird mit einem Baubeginn Anfang 2029 gerechnet.

Diskussion:

Hans-Peter Hölscher äußert sich kritisch an der langen Verzögerung beim Ausbau der Ganztagschule Glockenstraße. Er verweist darauf, dass bereits vor etwa zehn Jahren festgestellt wurde, dass die Turnhalle sanierungsbedürftig ist, und zeigt Unverständnis darüber, dass hierzu weiterhin Prüfungen laufen. Kritisiert wird insbesondere das langsame Vorgehen der Behörde trotz der besonderen sozialen Herausforderungen des Schulstandorts mit hohem Sozialindex und vielfältiger Schülerschaft.

Jens Dennhardt kritisiert, dass der Schule seit Jahren immer wieder die Entwicklung zur Ganztagschule in Aussicht gestellt worden sei, ohne dass konkrete Fortschritte erfolgt sind. Er fordert nun klare und verbindliche Zusagen sowie eine gesicherte Finanzierung, da der Bedarf an einer verlässlichen Ganztagschule an diesem Standort eindeutig vorhanden ist. Darüber hinaus weist er auf die Bedeutung der Turnhalle für den Stadtteil hin und äußert die Sorge, dass bei einem Abriss erneut wichtige Sportkapazitäten wegfallen könnten. Er regt daher eine Planung an, bei der Ersatzkapazitäten geschaffen werden, bevor bestehende Anlagen aufgegeben werden.

Ralf Bohr schließt sich der Kritik an den langen Verzögerungen beim Ausbau der Ganztagschule Glockenstraße an und bezeichnet die Entwicklung als „Never-Ending-Story“. Er verweist darauf, dass bereits vor rund zehn Jahren mit der Phase Null begonnen worden ist und kritisiert die weiterhin ausstehenden konkreten Fortschritte. Zudem thematisiert er die Nicht-Umsetzung des ab August geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und fragt, wie dieser bis zur Fertigstellung der Schule sichergestellt werden soll. Er äußert Zweifel, ob die bestehenden räumlichen Kapazitäten ausreichen, um die wachsende Zahl anspruchsberechtigter Kinder in den kommenden Jahren angemessen ganztägig zu versorgen.

Dr. Ramona Kreis antwortet wie folgt:

- Es wird nicht davon ausgegangen, dass alle anspruchsberechtigten Kinder tatsächlich Ganztagsbetreuung benötigen.
- Vorrangig werden Kinder mit Rechtsanspruch in Ganztagsangebote aufgenommen.
- Eltern können bei bestehendem Betreuungsbedarf einen Wechsel an eine Ganztagschule beantragen.
- Die Ganztagswünsche der Eltern an den verlässlichen Grundschulen wurden abgefragt.
- An der betreffenden Schule wurden bislang lediglich sieben Ganztagswünsche angegeben.
- Die vorhandenen Räumlichkeiten, unter anderem Schülercafé, Turnhalle und Gymnastikraum, wurden bereits besichtigt.
- Die weitere Planung soll sich an den tatsächlichen Anmeldungen und Bedarfen orientieren.
- Mit der Schulleitung besteht hierzu ein fortlaufender Austausch, um gegebenenfalls nachsteuern zu können.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass es keinen Hort mehr gibt, da die benachbarte Kita neu gebaut hat und man damals davon ausgegangen ist, dass der Ganztagsort zeitnah eingerichtet wird. Das ist aber schon 6 bis 8 Jahre her und verdeutlicht, wie lange der Ganztagsort schon eingerichtet werden sollte.

Berfin Atac hinterfragt die Dauer des vorgesehenen Vergabeverfahrens und bittet um eine Erklärung, warum hierfür sieben Monate benötigt werden.

Daniel de Olano antwortet darauf:

- Das Gebäude befindet sich nicht im Eigentum des Bildungsressorts, sondern die Schule ist dort Mieterin, was die Abläufe zusätzlich kompliziert.
- Frühere Planungen sind nicht am fehlenden Willen, sondern letztlich an fehlender Finanzierung gescheitert.
- Die jetzige Perspektive von noch etwa vier Jahren wird zumindest als Konkretisierung der bisherigen Planungen bewertet.
- Die langen Zeiträume liegen insbesondere an den gesetzlich geregelten Vergabe- und Ausschreibungsverfahren.
- Öffentliche Vergabeverfahren müssten umfangreich geprüft werden.
- Private Bauvorhaben könnten häufig schneller umgesetzt werden, öffentliche Verfahren seien jedoch bewusst stärker reguliert.

Ingo Tebbe fragt, ob bei einem möglichen Neubau eine modulare Bauweise mit schnellerer Umsetzung vorgesehen ist. Zudem hinterfragt er die Aussagen zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an der Glockenstraße. Er äußert die Einschätzung, dass an diesem Standort grundsätzlich bei allen Kindern ein Ganztagsbedarf besteht, und bittet um eine

genauere Erläuterung, weshalb offenbar nicht von einem umfassenden Bedarf ausgegangen wird.

Dr. Ramona Kreis erläutert, dass grundsätzlich alle Erstklässlerinnen und Erstklässler ab dem Schuljahr 2026/2027 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Allerdings wird dieser Anspruch nicht von allen Familien tatsächlich in Anspruch genommen – weder an der Glockenstraße noch an anderen Schulen.

Bärbel Eggemann gibt einen Überblick über die Situation der Grundschule aus Sicht der Schulleitung:

- Für das kommende Schuljahr waren ursprünglich 39 Kinder dem Schulstandort zugewiesen.
- Der vorhandene Schülertreff verfügt über 40 Plätze, war jedoch wegen Personalmangels zeitweise fast ein halbes Jahr geschlossen.
- Eltern wurde daher geraten, bei Bedarf einen Wechsel an eine Ganztagschule zu beantragen, um den Rechtsanspruch sicher wahrnehmen zu können.
- Dadurch wechselten mehrere Kinder an andere Ganztagschulen im Stadtteil, sodass nur 28 statt 39 Kinder angemeldet wurden.
- Die Schulleiterin sieht darin eine problematische Entwicklung für die Sozialstruktur der Schule, da insbesondere Kinder aus bildungsnahen Familien die Schule verlassen.
- Die aktuelle Situation könne jedoch ohne zusätzliche Ressourcen pädagogisch nicht verantwortungsvoll bewältigt werden.
- Gemeinsam mit Frau Kreis soll in den kommenden Jahren versucht werden, die Betreuungssituation zu stabilisieren und mehr Kinder an der Schule zu halten.
- Der Schülertreff verfüge inzwischen über stabilere personelle Strukturen.
- Nach Einschätzung der Schule könnten die vorhandenen 40 Plätze für zwei bis drei Jahre ausreichen, um den Rechtsanspruch übergangsweise abzudecken.
- Die stellvertretende Schulleiterin kritisiert zudem die langjährigen Verzögerungen im Planungsprozess und verweist darauf, dass bereits zwei sogenannte „Phase-Null“-Verfahren durchgeführt wurden.
- Sie äußert Unverständnis über die hohen Planungs- und Verfahrenskosten und merkt an, dass mit den bislang investierten Mitteln die Turnhalle ihrer Einschätzung nach vermutlich bereits mehrfach hätte gebaut werden können.

Jörn Hermening merkt an, dass das Thema im November wieder im Beirat aufgerufen wird.

Eine Bürgerin äußert als Mutter einer Schülerin deutliche Sorge über die aktuelle Situation an der Schule. Sie kritisiert, dass Familien faktisch dazu gedrängt würden, ihre Kinder auf andere Schulen im Stadtteil zu schicken, obwohl gleichzeitig neue Kitas im Umfeld entstehen und eigentlich kurze Schulwege ohne Elterntaxis angestrebt werden. Aus ihrer Sicht widerspricht dies dem Ziel einer wohnortnahen und sicheren Schulversorgung.

Die stellvertretende Schulaufsicht zeigt Verständnis für die vorgebrachte Kritik und betont, dass innerhalb der Schulbehörde großes Interesse daran besteht, die Situation an der Glockenstraße zu verbessern. Sie verweist darauf, dass sie sich bereits intensiv mit dem Standort befasst und hierzu in engem Austausch steht. Ziel ist es, möglichst vielen Kindern bereits im kommenden Schuljahr den Zugang zu einem Ganztagsangebot zu ermöglichen.

Ralf Bohr kritisiert, dass Kinder aus dem Einzugsgebiet der Schule Glockenstraße wegen fehlender Ganztagskapazitäten auf andere Schulen verwiesen werden, obwohl für Grundschulkinder eigentlich kurze Wege angestrebt werden sollten. Er betont den besonders hohen Bedarf an Ganztagsbetreuung aufgrund der sozialen Struktur des Stadtteils und hält

es für widersprüchlich, einerseits mehr Bildungs- und Betreuungsangebote im Kitabereich zu fordern, andererseits aber in Schulen keine ausreichenden Kapazitäten bereitzustellen.

Dr. Ramona Kreis erläutert, dass die Schule langfristig als gebundene Ganztagschule geplant ist. Bis zur Umsetzung muss jedoch eine Übergangslösung gefunden werden, etwa durch eine Erweiterung des Schüler-Cafés oder einen vorgezogenen Einstieg in einen offenen Ganzttag. Dabei müssten jedoch die baulichen Rahmenbedingungen sowie die schulische Konzeptentwicklung berücksichtigt werden. Ziel ist es, die Übergangszeit möglichst sinnvoll zu überbrücken und die Ganztagsversorgung perspektivisch sicherzustellen.

Die Antwort auf die Frage zum Thema Modulbau wird sie schriftlich nachreichen.

Jörn Hermening ergänzt die zuvor gestellte Frage dahingehend, ob alternative Umsetzungsmodelle wie Public-Private-Partnership-Modelle (PPP), die aus seiner Sicht eine schnellere Realisierung ermöglichen könnten, für das Vorhaben geprüft werden.

Der Beirat wird das Thema im Herbst erneut aufrufen und bei ausbleibenden Fortschritten aktiv nachfassen.

TOP 5: Bebauungsplan 2502 Rennbahn West

Daniel Keveloh ist zu diesem Thema anwesend und präsentiert wie folgt (Anlage 3):

- **Vorhaben und Lage:**
Geplant ist die Entwicklung eines neuen Wohnquartiers auf einer derzeit brachliegenden Fläche neben dem Rennbahngelände. Vorhabenträgerin ist die Firma Siedentopf, Fabian Baer & Co. KG. Das rund 2,8 Hektar große Grundstück liegt verkehrsgünstig mit Anbindung an Straßenbahn, Bus sowie in Nähe zum Mercedes-Werk und zur Innenstadt.
- **Ausgangssituation:**
Die Fläche war früher Teil der Rennbahninfrastruktur (Pferdeboxen, Aufwärmrennbahn), wird derzeit teils als Stellplatz und Baustelleneinrichtungsfläche genutzt und ist weitgehend freigeräumt.
- **Projektgeschichte:**
Das Projekt läuft bereits seit 2014. Ein erster städtebaulicher Entwurf aus einem Wettbewerb von 2017 konnte wegen Problemen mit Entwässerung und Lärmschutz nicht umgesetzt werden. Deshalb wurde die Planung 2025 neu gestartet.
- **Ziel der Planung:**
Hauptziel ist die Schaffung von familiengerechtem Wohnraum als Reaktion auf den angespannten Wohnungsmarkt in Bremen und die Abwanderung von Familien ins Umland.
- **Geplante Bebauung:**
Vorgesehen sind etwa 120 Wohneinheiten, überwiegend Reihenhäuser, ergänzt durch dichtere Bebauung mit Misch- und Gewerbenutzung an den lärmbelasteten Randbereichen.
- **Städtebauliches Konzept:**
Geplant ist eine grüne Quartiersmitte als Begegnungs- und Spielfläche. Zudem sollen neue Fuß- und Radwegeverbindungen geschaffen werden, auch mit Blick auf eine spätere Anbindung des Rennbahngeländes.
- **Verkehrliche Erschließung:**
Das Quartier soll über die bestehende Zufahrt erschlossen werden. Vorgesehen ist

eine ringförmige Straßenführung mit teils verkehrsberuhigten Bereichen sowie privaten Stellplatz- und Carportanlagen.

- Entwässerung:
Wegen schwieriger Bodenverhältnisse ist eine klassische Versickerung kaum möglich. Stattdessen ist ein Regenwassermanagement mit Retentionsmulden geplant, um Wasser zwischenzuspeichern und Verdunstung zu fördern.
- Lärmschutz:
Ein zentrales Thema sind Lärmbelastungen durch das Atlantic Hotel und die Ludwig-Roselius-Allee. Geplant sind bauliche Schutzmaßnahmen wie eine geschickte Gebäudeanordnung sowie eine Lärmschutzwand.
- Natur und Umwelt:
Ein Teil des vorhandenen Baumbestands soll erhalten bleiben. Da es sich um eine bereits zuvor genutzte und versiegelte Fläche handelt, wird das Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB) durchgeführt, wodurch kein vollständiges Umweltverträglichkeitsverfahren erforderlich ist.
- Planungsstand:
Das Verfahren befindet sich aktuell in der Vorentwurfsphase. Fachgutachten zu Verkehr, Artenschutz, Freiraumplanung und Lärmschutz laufen noch.
- Zeitplan:
Ziel ist es, den Bebauungsplan bis Mitte/Sommer des kommenden Jahres rechtskräftig zu machen – ein ambitionierter Zeitplan nach langer Vorgeschichte.

Diskussion:

Kerstin Biegemann möchte wissen, warum die Planung so stark Auto-orientiert ist, statt ein alternatives Mobilitätskonzept, wie z.B. ein Mobilitätshub am Quartierseingang vorzusehen? Darüber hinaus fragt sie wie die „grüne Mitte“ als Aufenthalts- und Spielfläche funktionieren soll, wenn sie von Straßen umgeben ist. Angesichts der angesprochenen Entwässerungsproblematik erkundigt sie sich, ob eine verpflichtende Dachbegrünung vorgesehen ist.

Reinhard Zwilling möchte wissen, warum im Entwässerungskonzept nicht vorgesehen ist, die Entwässerung an das bestehende Grabensystem des benachbarten Rennbahngeländes anzubinden. Dann hat er noch eine Frage zum Thema Lärmschutz: Wie wird der Lärmschutz für die Gebäude sichergestellt, die selbst als Schallschutzriegel dienen sollen?

AW Daniel Keveloh antwortet auf die Fragen wie folgt:

- Die Hinweise und Kritikpunkte aus der Einwohnerversammlung wurden aufgenommen und werden in die weiteren Planungen einbezogen.
- Es wird geprüft, ob eine alternative Parkraumlösung, etwa in Form eines Mobilitätshauses, grundsätzlich umsetzbar ist.
- Dachbegrünung ist in der Planung bereits vorgesehen: Alle Carports sollen Gründächer erhalten. Für die Reihenhäuser ist die konkrete Ausgestaltung noch zu klären.
- Die vorgesehene Entwässerung über offene Mulden mit Verdunstung wurde gewählt, weil ein Anschluss an das Grabensystem der benachbarten Rennbahn aufgrund privater Grundstücke und zusätzlicher wasserrechtlicher Verfahren schwierig umzusetzen ist.
- Die Wasserbehörde hat das vorgesehene Entwässerungskonzept grundsätzlich positiv bewertet; die Detailplanung, etwa zur Einbindung von Rigolensystemen für die Straßenentwässerung, erfolgt im nächsten Schritt.
- Zur Lärmsituation wurde die Planung gegenüber früheren Entwürfen angepasst: Die Gebäude wurden weiter von der östlichen Grundstücksgrenze und damit vom Hotel abgerückt, sodass die erforderlichen Schallschutzwerte eingehalten werden können.

Jens Dennhardt möchte wissen, wie die zusätzlichen Verkehrsbelastungen durch die geplanten Bauvorhaben im Umfeld in der Verkehrsplanung berücksichtigt werden. Darüber hinaus fragt er, ob die Bedarfe an Kita- und Schulplätzen unter Einbeziehung aller geplanten Wohnbauprojekte im Stadtteil ausreichend geprüft wurden. Wie wird gewährleistet, dass der öffentliche Raum attraktiv, sicher und gut nutzbar gestaltet wird und wie attraktive und sichere Wegebeziehungen für den Fuß- und Radverkehr, insbesondere zum ÖPNV und zum Nahversorger, geschaffen werden.

Tom Hundak erkundigt sich, warum ist die Planung trotz guter ÖPNV-Anbindung weiterhin stark Auto-orientiert ist. Er möchte wissen, warum keine direkte Fuß- und Radwegeverbindung zur westlich gelegenen Bushaltestelle vorgesehen ist.

AW Daniel Keveloh:

- Ein zusätzlicher Fuß- und Radweganschluss, insbesondere in Richtung Bushaltestelle, wurde geprüft, ist jedoch aufgrund dichten Baumbestands auf öffentlichem und privatem Grund sowie der erforderlichen Lärmschutzwand planerisch schwierig umzusetzen. Eine erneute Prüfung wurde jedoch zugesagt.
- Die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Anordnung der Gebäude ergeben sich aus den örtlichen Gegebenheiten wie bestehendem Baumbestand, Grünstrukturen, einem Wall sowie den Anforderungen des Lärmschutzes; daher sei eine klassische städtebauliche Straßenkante an dieser Stelle nicht zwingend.
- Der Bedarf an Kita- und Schulplätzen wurde im Verfahren abgefragt; nach den aktuellen Bevölkerungsprognosen bestehe derzeit kein zusätzlicher Bedarf innerhalb des Plangebiets.

Dirk Bülow hat zwei Fragen zu den Verkehren im Quartier: Wie werden Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, BSAG und weitere relevante Akteure verbindlich in die Verkehrsplanung eingebunden? Wie werden die Auswirkungen auf bestehende Verkehrsachsen, Radpremiumrouten und geplante Querungen berücksichtigt?

Ralf Bohr fragt: Warum wird familiengerechtes Wohnen mit einer Auto-orientierten Reihenhausbebauung gleichgesetzt? Warum wird kein Mobilitätshub bzw. keine Quartiersgarage als Alternative zum individuellen Stellplatzkonzept verbindlich vorgesehen? Wie werden die städtischen Verkehrs- und Klimaziele in der Planung berücksichtigt?

AW Daniel Keveloh:

- Derzeit wird ein Verkehrsgutachten erstellt, das beide geplanten Baugebiete einbezieht und die Auswirkungen auf das umliegende Straßennetz, insbesondere Ludwig-Roselius-Allee, Knotenpunkte und angrenzende Verkehrsbereiche, untersuchen soll.
- Bestandteil des Verkehrsgutachtens ist auch die Prüfung einer sicheren Quermöglichkeit der Ludwig-Roselius-Allee, um attraktive Verbindungen für Fuß- und Radverkehr zwischen den Quartieren zu schaffen.
- Die Diskussion um alternative Parkraum- und Mobilitätskonzepte ist bekannt; seitens der Verwaltung wurde bereits angeregt, mutigere Lösungen zu prüfen.
- Aus Sicht der Planung soll das Quartier gezielt Familien ansprechen, die ansonsten ins Umland abwandern würden; daraus ergibt sich ein anderer Mobilitätsanspruch als in dichter bebauten innerstädtischen Quartieren.
- Die geäußerte Kritik und Anregungen zur Verkehrsplanung werden in den weiteren Planungsprozess aufgenommen.

Eine Bürgerin möchte wissen, wie sichergestellt werden kann, dass die offenen Entwässerungsmulden keine Gefahr für Kinder darstellen?

Jens Dennhardt fragt noch einmal gezielt nach: Wie werden attraktive und direkte Fußwege zum Nahversorger sowie zu beiden Bushaltestellen sichergestellt, um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu fördern? Werden die kumulierten Auswirkungen aller geplanten Wohnbauprojekte im Umfeld bei der Bedarfsplanung für Kita-, Krippen- und Schulplätze ausreichend berücksichtigt? Wie wird sichergestellt, dass Haltestellen und Wegebeziehungen im Quartier so gestaltet werden, dass sie als sicher und attraktiv wahrgenommen werden und nicht durch isolierte Lärmschutzanlagen abschreckend wirken? Wie wird der Radverkehr im Quartier und in der Anbindung an das Umfeld konkret attraktiv und funktional gestaltet?

Reinhard Zwilling erkundigt sich, ob eine Kompromisslösung bei der Parkraumplanung möglich ist, bei der ein Teil der Stellplätze in einem Mobilitätshub gebündelt und ein Teil wohnungsnah erhalten bleibt. Kann ein solches Mobilitätskonzept unter Einbeziehung der Anforderungen von Polizei und Erreichbarkeit nochmals geprüft werden?

AW Daniel Keveloh:

- Der Weg zum Nahversorger ist derzeit über eine signalisierte Querung vorgesehen, was einen Umweg bedeutet. Eine direktere Wegeverbindung wird im Rahmen der Verkehrsplanung geprüft.
- Innerhalb des Quartiers ist ein verkehrsberuhigter Mischverkehrsbereich vorgesehen, in dem Fußgänger, Radfahrende und Autos dieselbe Fläche nutzen.
- Die Anbindung für den Radverkehr an das umliegende Netz ist vorgesehen.
- Ob eine solche zusätzliche Verbindung aufgrund der räumlichen Enge und des tatsächlichen Nutzens sinnvoll umsetzbar ist, wird noch gemeinsam mit der Verkehrsbehörde bewertet.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass dem Beirat zugesagt wurde, das Verkehrsgutachten nach Fertigstellung gesondert vorzustellen. Dieses werde beide Bebauungspläne sowie die angesprochene Querungssituation einbeziehen. Der Beirat wird sich damit nochmals ausführlich befassen. Zudem sollen Polizei und weitere relevante Beteiligte möglichst frühzeitig in den Prozess einbezogen werden.

Hilke Ammenwerth von der Firma Siedentopf fasst abschließend aus Sicht des Vorhabenträgers zusammen:

- Die vorgebrachten Hinweise und Anregungen sind wertvoll für die weitere Planung; insbesondere das Thema Verkehr und Mobilität ist ein zentraler Punkt für die Quartiersentwicklung.
- Die Planung unterliegt rechtlichen Vorgaben, insbesondere dem Mobilitätssortgesetz, das einen Stellplatzschlüssel von 0,7 pro Reiheneinheit vorsieht.
- Eine Reduzierung der erforderlichen Stellplätze ist nur durch alternative Mobilitätsangebote begrenzt möglich.
- Ein zentraler Mobilitätshub am Quartierseingang ist nach derzeitiger Rechtslage nicht umsetzbar, da Stellplätze in zumutbarer Nähe zu den Wohneinheiten liegen müssen.
- Alternative Nutzungen von Stellplatzflächen, etwa für Lastenräder, sind aber grundsätzlich denkbar, jedoch ebenfalls genehmigungsrechtlich zu prüfen.
- Die innere Erschließung mit Straßen ist aus funktionalen Gründen erforderlich, insbesondere wegen der Anforderungen von Feuerwehr und Rettungsdiensten.
- Auch die Vorgaben der Bremer Stadtreinigung erfordern eine Befahrbarkeit des Quartiers durch große Müllfahrzeuge ohne Wendepunkte.
- Sie ist offen für den weiteren Austausch und verweist auf die fortlaufenden Beteiligungsmöglichkeiten im Bebauungsplanverfahren.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass der Geschäftsordnungsausschuss zu dem Bebauungsplan einen Beschlussentwurf vorbereitet hat und zu dem es unterschiedliche Sichtweisen gibt.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag Stellungnahme BP 2502 Rennbahn West

Der Beirat Hemelingen befürwortet grundsätzlich den Entwurf des Bebauungsplans 2502 und das Entstehen neuen Wohnraums, der dringend im Stadtteil benötigt wird. Als Stellungnahme werden folgende Punkte benannt:

1. Eine Durchwegung des B-Plan Gebietes zur ehemaligen Galopprennbahn für Radfahrende und Fußgänger.innen soll unbedingt festgeschrieben werden.
2. Die Lage der Spielfläche an der Quartiersstraße soll vom Fachressort fachlich überprüft werden.
3. Statt Parkplätzen und Carports soll eine Quartiersgarage sowie die Nutzung anderer Mobilitätskonzepte umgesetzt werden.

Hans-Peter Hölscher gibt bekannt, dass die SPD den Antrag stellt, den Punkt Drei zu ändern in „zusätzlich zu Parkplätzen und Carport soll eine Quartiersgarage sowie die Nutzung anderer Mobilitätskonzepte geprüft werden“.

Nach kurzer Diskussion wird ein zweiter Änderungsvorschlag von Jens Dennhardt eingebracht, das Wort „statt“ durch „neben“ zu ersetzen. Dieser Antrag wird von der SPD in den Änderungsantrag übernommen.

Damit ergibt sich der folgende Vorschlag:

- 3a. Neben Parkplätzen und Carports soll eine Quartiersgarage sowie die Nutzung anderer Mobilitätskonzepte geprüft werden.

Jörn Hermening lässt über die beiden Vorschläge 3 und 3a alternativ abstimmen:

Für Punkt 3 sprechen sich aus: 4 Beiratsmitglieder

Für Punkt 3a (Änderungsantrag der SPD) sprechen sich aus: 8 Beiratsmitglieder.

Jörn Hermening stellt fest, dass damit 3a Teil des Gesamtbeschlussvorschlages ist.

Ralf Bohr stellt den Antrag noch einmal über Punkt 1 und 2 zu sprechen.

Uwe Jahn weist darauf hin, dass gemäß Geschäftsordnung die Sitzungszeit um 22:01 Uhr überschritten ist und daher regulär keine Abstimmungen mehr stattfinden könnten, sofern nicht kurzfristig eine Verlängerung der Sitzung um fünf Minuten beschlossen wird.

Jörn Hermening lässt darüber abstimmen, ob die Sitzung um fünf Minuten verlängert werden soll.

Stellungnahme: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Jörn Hermening lässt darüber abstimmen, ob die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlags noch einmal gesondert diskutiert werden sollen:

Stellungnahme: Ablehnung (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Da die Punkte nicht mehr diskutiert werden sollen, lässt Jörn Hermening über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Beirat Hemelingen befürwortet grundsätzlich den Entwurf des Bebauungsplans 2502 und das Entstehen neuen Wohnraums, der dringend im Stadtteil benötigt wird.

Als Stellungnahme werden folgende Punkte benannt:

1. Eine Durchwegung des B-Plan Gebietes zur ehemaligen Galopprennbahn für Radfahrende und Fußgänger.innen soll unbedingt festgeschrieben werden.
2. Die Lage der Spielfläche an der Quartiersstraße soll vom Fachressort fachlich überprüft werden.
3. Neben Parkplätzen und Carports soll eine Quartiersgarage sowie die Nutzung anderer Mobilitätskonzepte geprüft werden.

Stellungnahme: Zustimmung (8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

TOP 6: Beiratsverschiedenes

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 04.06.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Beratungsangebot Anpassung an den Klimawandel
- Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik
- Bericht Seniorenbeirat
- Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Parkplätze

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll